

Presseinformation

Aktuelle kreditwirtschaftliche Themen

Bei der Jahrespressekonferenz des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) in Frankfurt am Main ging der Geschäftsführende Präsident des Verbandes, Stefan G. Reuß, auch auf aktuelle kreditwirtschaftliche Themen ein.

Besorgt zeigte er sich über die Entwicklung des Wohnungsbaus, der wegen der gestiegenen Zinsen sowie der hohen Baukosten und Immobilienpreise eingebrochen sei. Um den dringend benötigten Wohnraum zu schaffen, bedürfe es zum einen bei der öffentlichen Förderung Verlässlichkeit und Stabilität. Zum anderen müsse kritisch überprüft werden, ob bestimmte aufsichtliche Maßnahmen noch ihren Zweck erfüllten oder inzwischen nicht vielmehr kontraproduktiv wirkten.

Seit Einführung der beiden Kapitalpuffer...

In den vergangenen zwei Jahren habe die Aufsicht den inländischen antizyklischen Kapitalpuffer von 0,75% scharf geschaltet und einen sektoralen Systemrisikopuffer für Wohnimmobilien von 2,00% eingeführt, der die Kapitalanforderungen für derartige Finanzierungen entsprechend erhöhe und sich somit auch auf den Endkundenzins auswirke. Diese Kapitalpuffer seien stets aus hartem Kernkapital vorzuhalten und könnten über den Kreditzyklus variiert werden. Hier habe die Aufsicht durchaus Spielräume: Bei übermäßiger gesamtwirtschaftlicher Kreditentwicklung könne sie solche Puffer erheben, später aber auch wieder freigeben.

... hat sich Lage im Wohnungsbau und an den Kreditmärkten gedreht

„Nun kann man darüber diskutieren, ob die Einführung der beiden Puffer damals tatsächlich erforderlich war. Die Jahre 2021 und 2022 waren aber immerhin von einem überdurchschnittlichen Kreditgeschäft gekennzeichnet. Das hat sich 2023 fundamental geändert. Eine

Wohnungsbau in der
Krise

Aufsicht mit Spielräumen

Presseinformation

übermäßige gesamtwirtschaftliche Kreditentwicklung lag und liegt derzeit auch nicht ansatzweise vor. Im Gegenteil: Im vergangenen Jahr hat sich das Volumen der neu vergebenen Wohnungsbaukredite unserer Mitgliedsinstitute im Vergleich zu 2022 fast halbiert und liegt mit 3,2 Mrd. Euro etwa auf dem Niveau von 2010. Bei anderen Instituten und Institutsgruppen sieht das ähnlich aus“, gab Reuß zu bedenken.

Kapitalpuffer passen nicht mehr in die Zeit

Es sei deshalb zu erwarten gewesen, dass die Aufsicht jetzt angesichts dieser veränderten Lage ihre Spielräume nutze und die Puffer wieder aufhebe. „Das hat sie aber bislang nicht getan, obwohl diese Zuschläge nicht mehr in die Zeit passen. Sie engen die Kreditvergabemöglichkeiten der Institute ein und machen damit Finanzierungen tendenziell teurer, und das zu einem Zeitpunkt, in dem ein Riesenbedarf an neuem Wohnraum besteht. In diesem veränderten Umfeld wirken die Kapitalpuffer deshalb inzwischen eindeutig prozyklisch und eben nicht – wie ursprünglich beabsichtigt – antizyklisch. Auf diese Gefahr haben wir schon bei der Einführung der Puffer hingewiesen“, hob Reuß hervor.

Es dränge sich der Eindruck auf, dass die Aufsicht unabhängig von der Lage an den Kreditmärkten ausschließlich auf einen restriktiven Fokus setze. Dieser Eindruck werde durch die mögliche Ermächtigung der BaFin verstärkt, künftig Obergrenzen für einkommensbezogene Kreditvergabe-Standards anzuordnen. Die BaFin habe festgestellt, dass mittlerweile etwa 15% der Neuschuldner bei Baufinanzierungen mindestens die Hälfte ihres Nettoeinkommens für die monatliche Kreditrate aufbringen müssten. Das werde seitens der Aufsicht als deutlich zu hoch bewertet. Dem solle ggf. durch Obergrenzen entgegengewirkt werden. Je nach deren Höhe drohe der Baufinanzierung und damit dem dringend benötigten Wohnungsbau der nächste Schlag.

Keine übermäßige
gesamtwirtschaftliche
Kreditentwicklung

Prozyklische Wirkung

Baufinanzierung und
Wohnungsbau droht
durch Obergrenzen für
einkommensbezogene
Kreditvergabe-Standards
der nächste Schlag

Presseinformation

Leitlinien der Sparkassen für Kreditvergabe haben sich bewährt

Die Sparkassen benötigten in diesem Bereich aber keine amtlichen Obergrenzen. „Die Kreditvergabe stellt unser traditionelles Brot- und Buttergeschäft dar. Es liegt deshalb schon im ureigenen Interesse der Institute, dass ihre Kundinnen und Kunden ihre Kredite zurückzahlen können und von den Zins- und Tilgungsleistungen nicht überfordert werden. Wir haben Leitlinien und Standards zur Kreditvergabe etabliert, die sich über die Zeit bewährt haben und die ständig weiterentwickelt werden. Dass diese Leitlinien zuverlässig funktionieren, spiegelt der Risikovorsorgebedarf im Kreditgeschäft wider, der bei unseren Sparkassen seit Jahren stabil auf einem niedrigen Niveau liegt“, betonte Reuß.

Stabil niedriger
Risikovorsorgebedarf im
Kreditgeschäft

Schuldenbremse als Chancenbremse

Angesichts der anhaltend schwierigen gesamtwirtschaftlichen Lage in Deutschland und des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2021 plädierte Reuß dafür, sich jetzt intensiv mit einer Reform der Schuldenbremse auseinanderzusetzen. Unter dem unmittelbaren Eindruck der Weltfinanzkrise und den späteren Erfahrungen mit der europäischen Schuldenkrise sei es verständlich gewesen, dass die deutsche Politik 2009 die Verfassungsregeln für die öffentliche Verschuldung grundlegend neu gestaltet habe.

„In der Rückschau haben sich diese Regelungen im Endeffekt aber als Chancenbremse erwiesen, die verhindert hat, dass die langen Jahre der Negativ- und Nullzinsen für massive Investitionen genutzt wurden, um die Infrastruktur auf allen Ebenen auf Vordermann zu bringen. Dadurch hätte man der Dauerniedrigzinsphase wenigstens etwas Positives abgewinnen können“, kritisierte Reuß. Der Modernisierungstau bei den Schulen, im Verkehrssektor und der Telekommunikation habe sich dadurch vielerorts noch verschlimmert. Jetzt müssten diese über die

Dauerniedrigzinsphase
wurde nicht für
Investitionen genutzt

Presseinformation

Jahre verschleppten Investitionen in einem ganz anderen Zinsumfeld nachgeholt werden und darüber hinaus auch noch mit der Großen Transformation im Klima- und Energiesektor sowie der Digitalisierung konkurrieren.

Akzeptanz für Klima- und Energiewende nur mit mehr Tempo und Investitionen

Während andere Wirtschaftsräume wie die USA und China für diese Zwecke ohne Rücksicht auf Verluste öffentliche Gelder verwendeten, seien dem deutschen Fiskus wegen der eng gesetzten Grenzen der Neuverschuldung weitgehend die Hände gebunden. „Ich halte das gerade auch mit Blick auf das Ziel einer klimagerechten Energiewende für sehr problematisch. Viele Menschen verbinden momentan mit diesem Thema vor allem die hohen Transformationskosten, mit denen sie belastet werden. Die öffentliche Hand müsste jetzt massiv investieren und Anreize dafür schaffen, dass Unternehmen und Private mitziehen. Das wären Investitionen in die Zukunft. Die Sparkassen stehen gerne dafür bereit, den dringend erforderlichen Umbau mitzufinanzieren. Dafür muss aber insbesondere im politischen Bereich das passende Umfeld geschaffen werden“, betonte Reuß.

System Sparkasse in Zeiten der Multikrisen resilient und stabil

Mit Blick auf die Sparkassen stellte Reuß fest, dass diese sich trotz der vielfältigen und heftigen Krisen der letzten Zeit als sehr resilient erwiesen hätten. Die Institute hätten nicht nur diese Multikrisen gut überstanden, sondern seien auch ordentlich durch die langen Jahre der Niedrig- und Negativzinsen gekommen. Auch die abrupte und heftige Zinswende von 2022/2023 habe den Sparkassen nichts anhaben können. „Diese Grundstabilität im Kundengeschäft und auch in der Ertragsentwicklung verdanken unsere Sparkassen ihrem Geschäftsmodell, das sich seit Jahrhunderten bewährt hat und das wir durch Weiterent-

Verschleppte Investitionen müssen jetzt mit Großer Transformation und Digitalisierung konkurrieren

Sparkassen stehen weiter für Finanzierung des Umbaus bereit

Sparkassen haben auch abrupte und heftige Zinswende gut überstanden

Presseinformation

wicklungen gezielt in die Moderne führen. Inzwischen können die Sparkassen nicht nur digital. Sie können es sogar besser als die sogenannten Neobanken. Das hat gerade wieder der Digital Banking-Index der Beratungsfirma Oliver Wyman gezeigt, bei dem die Sparkassen in punkto Digitalisierungsgrad aus Kundensicht am besten abgeschnitten haben“, freute sich Reuß.

Finanzielle Bildung: Kooperation mit Influencer Daniel Jung

Die Sparkassen setzten auch bei der Wahrnehmung ihres öffentlichen Auftrags zunehmend auf digitale Kanäle, um zum Beispiel beim Thema finanzielle Bildung die junge Generation besser erreichen zu können. „Wir haben zum einen den Sparkassen-Schulservice mit seinem kostenlosen Angebot an Unterrichtsmaterialien rund ums Thema Finanzen aus der Papier- in die Portalwelt überführt. Zum anderen sind wir in der Sparkassenregion Hessen-Thüringen eine Kooperation mit dem YouTube-Influencer Daniel Jung (www.finanzen-mit-daniel-jung.de) eingegangen, der bei Jugendlichen mit seinen Mathematik-Tutorials über eine große Reichweite verfügt. Sechs Erklärvideos sind bereits online gegangen, zum Beispiel zu den Themen Online-Banking, Geldanlage und Zinsen. Mit dieser Kooperation tragen wir dem Umstand Rechnung, dass Influencer inzwischen einen großen Einfluss auf junge Menschen ausüben und wir sie dadurch auch mit etwas sperrigeren Finanzthemen besser erreichen können“, erklärte Reuß.

EPI und digitaler Euro

Die digitale Leistungsfähigkeit der Sparkassenorganisation zeige sich vor allem auch im Zahlungsverkehr, wo immer mehr Kundinnen und Kunden deren Online-Kanäle nutzen, nämlich 29,7 Mio. das Online-Banking und 16,3 Mio. die Sparkassen-App. Das seien 1,5 Mio. bzw. 2,3 Mio. mehr als im Vorjahr. Die Sparkassenorganisation sei auch bei der European Payments Initiative (EPI) ein maßgeblicher Treiber gewesen, die noch in

Sparkassen sind mittlerweile digital besser unterwegs als Neobanken

Neue Ansätze, um junge Menschen besser zu erreichen

Sparkassenorganisation Treiber bei EPI

Presseinformation

diesem Jahr in die praktische Umsetzung gehen werde. „Wir halten EPI für einen sehr guten Antritt, um Europa bei den Bezahlverfahren von den bislang dominierenden amerikanischen Anbietern unabhängiger zu machen. Deshalb sehe ich auch die bislang bekannten Pläne für einen digitalen Euro kritisch“, sagte Reuß.

Der frühere Wirtschaftsweisen Peter Bofinger habe den digitalen Euro in der jetzigen Konzeption als eine Lösung für ein Problem bezeichnet, das es gar nicht gebe. Dieser solle nach den aktuellen Plänen nicht einfach wie Bargeld als reines Bezahlmittel ausgestaltet werden, das dann gleichsam als Rohmaterial in bestehende oder künftige Bezahlverfahren integriert werden könne. Ziel sei es vielmehr, ihn zu einem vollumfänglichen, parallelen Bezahlverfahren auszubauen. „Damit würde die Zentralbank aber in direkte Konkurrenz zu den Geschäftsbanken treten, was ordnungspolitisch abzulehnen ist, weil ja mit EPI in Kürze ein leistungs- und ausbaufähiges europäisches Bezahlverfahren startklar ist, das nicht-europäischen Anbietern Paroli bieten kann“, kritisierte Reuß.

Politik und Notenbank hätten jahrelang dafür geworben, dass die Kreditwirtschaft ein europäisches Bezahlverfahren entwickle. „Banken und Sparkassen haben das getan und dafür viel investiert. Jetzt steht EPI kurz vor dem Start und nun soll mit dem digitalen Euro ein Paralleluniversum aufgebaut werden. Solche Doppelstrukturen machen aber keinen Sinn und müssen unbedingt vermieden werden“, schloss Reuß.

Frankfurt am Main / Erfurt, 27. Februar 2024
Abteilung Information und Kommunikation
Matthias Haupt
Tel.: 069/2175-150
www.sfg-ht.de

Digitaler Euro als
umfängliches Bezahl-
verfahren würde
Geschäftsbanken direkte
Konkurrenz machen

Doppelstrukturen
unbedingt vermeiden!